



40 Jahre Krefelder Appell

Krefeld im Jahr 1980

Der Krefelder Appell war ein Aufruf der westdeutschen Friedensbewegung an die damalige Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa (NATO-Doppelbeschluss) zurückzuziehen und innerhalb der NATO auf eine Beendigung des atomaren Wettrüstens zu drängen. Er wurde am 16. November 1980 in Krefeld öffentlich vorgestellt. Der Appell war das Ergebnis des zweitägigen „Krefelder Forums“, das vom 15. bis zum 16. November 1980 im Seidenweberhaus stattfand. An dem Treffen nahmen etwa 1500 Vertreter außerparlamentarischer Initiativen sowie der Jungsozialisten und Jungdemokraten teil, die dann den Text des Appells gemeinsam beschlossen.

Der Text stand unter der Überschrift: „Der Atomtod bedroht uns alle – keine neuen Atomraketen in Europa!“ Bis 1983 wurde er von über vier Millionen Bundesbürgern unterzeichnet, stieß jedoch schon bald nach seinem Erscheinen auf Ablehnung der im Bundestag vertretenen Parteien sowie des DGB. Die atomare Aufrüstung wurde wie geplant durchgeführt.

Die Situation damals und heute

Wie soll man der Öffentlichkeit verdeutlichen, wie groß das derzeitige Risiko einer globalen Katastrophe, insbesondere aufgrund eines Atomkrieges oder einer Klimakatastrophe, ist? Schon bald nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hatten Wissenschaftler, die im Rahmen des sogenannten Manhattan-Projektes an der Entwicklung von Atomwaffen in den USA geforscht hatten, eine Idee: die „doomsday clock“. Die Weltuntergangsuhr, auf Deutsch oft verkürzend auch Atomkriegsuhr genannt, (englisch doomsday clock, eigentlich „Uhr des Jüngsten Gerichts“) ist eine symbolische Uhr der Zeitschrift Bulletin of the Atomic Scientists („Berichtsblatt der Atomwissenschaftler“). Die Uhr spielt auf die Metapher an, es sei fünf Minuten vor zwölf, wenn ein äußerst nachteiliges Ereignis unmittelbar droht. Das „Science and Security Board“, eine Art Sicherheitsrat der Zeitschrift, entscheidet zusammen mit einem Sponsorenteam, bestehend aus 14 bis 17 Nobelpreisträgern, über die Minutenanzeige der Doomsday Clock. Dafür beraten sich die Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen zweimal im Jahr.

1980, als der Krefelder Appell verabschiedet wurde, stand die Uhr auf sieben Minuten vor zwölf. Den höchsten Stand erreichte sie 1991, nach dem vermeintlichen Ende des „kalten Krieges“ mit 17 Minuten vor Zwölf. Seitdem ging es fast nur noch abwärts, jetzt sind wir bei 100 Sekunden vor 12, dem niedrigsten Stand, den sie je gab. Laut dem SIPRI-Jahresbericht 2020 existieren weltweit noch 13.400 Atomsprengköpfe, Alle neun Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Arsenale mit neuen, präziseren und „einsetzbareren“ Waffen und geben jedes Jahr mehr als 105 Milliarden US-Dollar dafür aus. Rüstungsabkommen wie der INF-Vertrag wurden aufgekündigt. Sollte die US-Regierung das New-START-Abkommen auslaufen lassen, wird es ab dem 5. Februar 2021 erstmalig seit 1972 keine vertraglichen Beschränkungen mehr für russische und amerikanische Atomwaffen geben.

Der Atomwaffenverbotsvertrag

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist eine internationale Vereinbarung, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen verbietet, außerdem die Drohung damit. Der ausgearbeitete Vertrag wurde am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen bei der UN angenommen. Bis zum 24. Oktober 2020 hatten 84 Staaten unterzeichnet, 50 Staaten den Vertrag ratifiziert. Am 22. Januar 2021, 90 Tage nach der 50. Ratifizierung, wird der Vertrag in Kraft treten

und in internationales Recht übergehen. Das Friedensnetzwerk ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons), auf dessen Initiative der Vertrag zustande kam, wurde dafür 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Bindend ist der Vertrag für die Staaten, die ihn unterzeichnet haben, das hat bisher keine der Atommächte getan. Aber der Vertrag setzt eine neue Norm: die Ächtung von Atomwaffen auf Grund ihrer verheerenden, humanitären Konsequenzen, und wird dadurch das Verhalten von Staaten verändern. Verstärkt wird dieser Druck zunehmend aus der Wirtschaft. Der größte Vermögensfonds der Welt, große Banken und Pensionsfonds haben sich bereits von Unternehmen getrennt, die Atomwaffen herstellen.

Deutschland zieht nicht mit

Die deutsche Bundesregierung ist nicht bereit, dem UN-Vertrag beizutreten, sondern hält an der „Nuklearen Teilhabe“ fest. Ein Beitritt würde zwar nicht den Austritt aus der NATO erforderlich machen, aber die ca. 20 amerikanischen Atomwaffen, die in Büchel in der Eifel lagern und im Ernstfall von deutschen Flugzeugen abgeworfen würden, müssten aus Deutschland abgezogen werden. Der „Krefelder Appell“ und alle nachfolgenden Meinungsumfragen zeigen: seit nunmehr 40 Jahren ist der Wille der meisten Menschen in Deutschland deutlich sichtbar, auf Atomwaffen zu verzichten. Aber er wird von der Politik nicht umgesetzt.

Krefeld heute

Der „Krefelder Appell“ erhielt seinen Namen nach dem Ort, in dem er verabschiedet wurde. Als Kommune hat sich Krefeld damals nicht gegen Atomwaffen positioniert. Heute ist das anders.

Im Jahre 2010 ist Krefeld den „Mayors for Peace“, den „Bürgermeistern für den Frieden“ beigetreten. Diese Organisation wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versucht die Organisation durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Inzwischen gehören dem Netzwerk über 7800 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern an. In Deutschland sind über 600 Mitglieder dem Bündnis beigetreten.

Waren vor 2010 noch fünf Jahre mit Unterschriftensammlungen und vielen Aktionen nötig, bis Krefeld den „Mayors for Peace“ beitrug, war der nächste Schritt wesentlich einfacher. Der vom Krefelder Friedensbündnis initiierte Bürgerantrag (nach §24 der Gemeindeordnung NRW) „Für das Leben – gegen Atomwaffen! Krefeld für den Atomwaffenverbotsvertrag“ wurde von mehr als 1000 Krefelder*innen unterstützt und am 4. Juli 2019 vom Rat der Stadt beschlossen. Darin „appelliert der Stadtrat an die Bundesregierung, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren“. Entsprechend hat sich OB Frank Meyer an die Bundesregierung gewandt.

Was jetzt?

Vierzig Jahre sind inzwischen seit dem „Krefelder Appell“ vergangen. Statt dem Appell zu folgen, wurden immer mehr (Atom)Waffen angeschafft. Ist die Welt dadurch sicherer geworden? Nein, ganz im Gegenteil, sie war noch nie unsicherer als heute. Immense Summen wurden und werden dafür ausgegeben. Geld, von dem wir spätestens jetzt wissen, dass es für die Bekämpfung z.B. von Corona und dem Klimawandel dringend benötigt wird. Es ist also höchste Zeit der Politik unmissverständlich klar zu machen, dass die Menschen ein „weiter so“ nicht hinnehmen werden.